

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Gesamt Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Orzfa.

Postfachkonto: Leipzig 21004.
Stadtplatz Riesa Nr. 22.

Nr. 8.

Dienstag, 11. Januar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 40 mm breite, 1 mm hohe Druckerschrift (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; gelbdruckte und tabellarische Anzeigen 20%, Aufschlag, Kachelungen und Vermittlungsgebühr 50 Pf. Foto-Caric. Vermittlung Rabatt 50%. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei und des Vertriebsunternehmens — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bangert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 22. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Köhler, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittler, Riesa.

Rohmehlverteilung.

Um mit den in den einzelnen Verkaufsstellen lagernden Beständen an Rohmehl in Folge der erwartenden neuer Zufuhren in Kürze zu räumen, wird nachgelassen, daß diese Bestände bis zum 20. ds. Mts. zu dem vorgeschriebenen Höchstpreis von 5.40 Mk. pro Fund ohne Marken frei verkauft werden dürfen. Rohmehl aus den zu erwartenden neuen Zufuhren darf alsdann wie bisher nur gegen Abgabe der vorgeschriebenen Marken verabreicht werden. Großenhain, am 10. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Nachdem Exzellenz Dr. Wehnert infolge Wegzugs von Weidungen aus der Bezirksverwaltung ausgeschieden ist, hat der Bezirksausschuß gemäß §. 18 b. V. v. vom 12. April 1919 in dem Befehl über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen usw. vom 5. Juli 1919 den Stellmacherehrwürdigen Herrn Dr. Wachtel in Ober-Mittel-Ebersbach als Ersatzmann einberufen. Großenhain, am 8. Januar 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Die Wasi- und Klantenliste unter dem Verbleibe des Blechhändlers Paul Kühne, Riesa, Wismarstraße 35 — Bekanntmachung vom 7. 12. 1920, Nr. 286 des Rieser Tageblattes vom 8. 12. 1920 — ist erloschen. Der Rat der Stadt Riesa, am 11. Januar 1921.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die bayerische Einwohnerwehrrage. Die das B. Z. führt, haben kürzlich wiederum Besprechungen zwischen den Führern der Gewerkschaften und der Reichsregierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren befahen. Der Reichsregierung ist es hierbei gelungen, die Gewerkschaften von der Notwendigkeit der von ihr getroffenen Schritte zu überzeugen. — Aus London wird gemeldet: In der Entwaffnungsfrage beschäftigt sich die englische Presse neuerdings mehrfach mit dem anscheinend zuerst vom Berliner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ gemachten Vorschlag, die Entente solle, um ein widerspenstiges Bayern zu bestrafen, nicht das Ruhrgebiet sondern Bayern selbst besetzen. Mehrere Blätter gemäßigter Richtung nehmen diesen Vorschlag mit der Begründung auf, daß seine militärische Ausföhrung nicht schwer sei. Der englische Generalmajor Maurice, der sich gegenwärtig in Deutschland aufhält, um die Entwaffnungsfrage zu studieren, schreibt in den „Daily News“, es sei kaum zweifelhaft, daß die deutsche Regierung sich endlich bemühe, die Entwaffnung durchzuführen. Frankreich sei zum guten Teil im Recht, wenn es die Auflösung der Einwohnerwehren verlange. Die einzige Differenz zwischen der französischen und englischen Auffassung liege in der Wahl der zweckmäßigsten Mittel. Die Franzosen hätten lange Zeit gewünscht, das Ruhrgebiet zu besetzen, wo die Sympathien durchweg nach links gingen. Dies würde eine Strafmaßnahme gegen die Regierung und gegen die linksparlamentarische Bewegung sein. Die Stellung der gegenwärtigen deutschen Regierung zu harten. Wenn das deutsche Volk überzeugt werden könne, daß die Wiederherstellung der Industrie und die Bekämpfung der Teuerung von der genauen Erfüllung der Militärbestimmungen des Versailler Vertrages abhängen, so werde es die Mittel finden, die geeignet seien, diese Bedingungen durchzuführen. Wenn andererseits die Engländer und Franzosen durch ihr Vorgehen die Lebensbedingungen in Deutschland erschweren, so würden sie direkt die Parteien der Rechten stärken.

Angedachte geheime Waffenwerkstätten in Berlin. Im „Welt Journal“ werden nach einem Bericht eines höheren Offiziers der Ueberwachungskommission mehrere Vorgänge erzählt, die als Beweis dafür dienen sollen, daß in Deutschland heimlich der Bau von Aeroplanen betrieben wird. In Fürstentum Baden angeblich die Offiziere des Ueberwachungsdienstes zwei Stunden nach Durchsicherung einer großen Verbindungsoffiziers eine zweite Kontrolle unternommen. Als das Auto mit den französischen Offizieren in die Straße einbog, gab die Streife der Fabrik Alarm und die Türen mehrerer Werkstätten schlossen sich. Als die Kommission in der allgemeinen Verwirrung die Untersuchung begann, wurden 52 neue Motore und 21 Schrauben gefunden, die vorher nicht da gewesen waren. In einer Berliner Fabrik, die Hugo Stinnes gehören soll, sollten sechs Stöckwerke untersucht werden. Es wurde verurteilt, drei Stöckwerke vormittags und drei nachmittags in Augenschein zu nehmen. Bei der ersten Durchsicherung ließ ein Offizier absichtlich sein Notizbuch unter einem Tisch liegen. Nachmittags begab er sich selbst auf die Suche danach und in den Räumen, die bereits kontrolliert und anschließend vor einer zweiten Prüfung geschützt waren, fanden sich plötzlich 60 neue Motore, die inzwischen aus den oberen Stöckwerken wieder fortgenommen worden waren, um der Kommission verborgen zu werden. Endlich ein dritter Fall. Der Kommission wird mitgeteilt, daß in einer Gemeindefabrik Flugzeugmotore verfertigt seien. Zunächst wurden nur 125 auf dem Abort verfertigte Motoren gefunden. Dann aber geriet die Kommission mit Hilfe eines desolaten Postgeheimstellers in ein verschlossenes Zimmer, wo nach der Erklärung der Behörde ihre Tochter krank liegt, und man fand hier 15 Schrauben, 20 Motoren und eine Menge Höhenmesser und Kompassverteile. Die Behörde erklärte (immer noch nach der Angabe des französischen Offiziers), daß dies alles Untergrundmaterial sei und reichte eine Schadenersatzklage von 200 000 Goldmark ein, wegen der ihr durch die Kommission zugefügten Verletzungen (Paragraf 71). Diese Klage werde General Koller energisch zurückweisen, wie es in dem Blatte heißt, zur großen Verwirrung der Berliner, die sich schon auf einen Schadensprozess freuten. (1)

Nachdem die Angelegenheit des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Die von beteiligter Seite mitgeteilt wird, daß der erweiterte Verband des Deutschen Eisenbahnerverbandes in weitestgehender Beratung zu dem durch den Schiedsgerichtsausschuß und die Regierung zustande gekommenen Verhandlungsabkommen zustimmen. Die Aktion...

reichenden Zugehändnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Verband, vor der endgültigen Beschlußfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluß steht demnach noch aus. — Von zentraler Stelle wird der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt: In der Öffentlichkeit wird die Meinung verbreitet, als ob die Vereinbarung der Eisenbahnerorganisationen mit der Regierung über die Erhöhung der Teuerungsschläge durch eine Ueberstimmung einzelner Organisationen zustande gekommen sei. Dies ist nicht richtig. Im Besonderen hat überhaupt keine Abstimmung stattgefunden; vielmehr haben sich die vier Eisenbahnerorganisationen in allen Fragen verständigt und sind zu gegenseitigen Vereinbarungen gekommen. Alle vier Organisationen bezogen ihre Unterhändler tragen deshalb an dem Zustandekommen der Vereinbarung gleichmäßig die Verantwortung. — Gegenüber der Eisenbahnerorganisation über die Rechte des Reichsfinanzministeriums im finanzpolitischen Ausblick des Reichsfinanzministeriums wird von zentraler Stelle darauf hingewiesen, daß der Reichsfinanzminister zwar von 7 Milliarden Mark gesprochen habe, aber nicht im Zusammenhang mit der Frage der neuen Beamtenforderungen, sondern gelegentlich des gemäß der Tagesordnung des finanzpolitischen Ausschusses von ihm dargelegten Vergleichs der Einnahmen für 1921 und 1920, indem er ausführte, daß der ordentliche Etat für 1921 gegenüber dem Etat von 1920 bereits jetzt einen Mehrbedarf von rund 7 Milliarden aufweise. Die Auffassung, als ob der Reichsfinanzminister mit der Rennung der 7 Milliarden die Kosten für die Neuforderungen der Beamten gemeint und sich damit im Gegensatz zu dem vom Staatssekretär Schröder genannten Summe, die übrigens auf 25 Milliarden beziffert wurde, gesetzt habe, geht daher von einer völlig unzutreffenden Voraussetzung aus.

Die Landwirte und die Organisation der Eisenbahner. In Kiel fand am Sonntag unter starker Beteiligung die schlesisch-holländische Provinzialtagung des Bundes der Landwirte und eine Kundgebung für die Organisation der Eisenbahner statt. Der Schriftleiter der „Damburger Warte“ Böck betonte die Notwendigkeit der Organisation der Eisenbahner, namentlich auch für die Landwirtschaft, und sagte, der sozialdemokratische Minister Severing habe seine bisherige Auffassung über die Organisation der Eisenbahner unbedingt notwendig sei, insoweit als solche erkannt und in einem Gebotenerlass an sämtliche Oberpräsidenten wieder zurückgenommen. Stürmische Zustimmung wurde laut, als der Redner dann von den Völkern im Volke sprach, welche die Wiedererführung der Monarchie auf gefälligen Wege wünschten. Auf Anfrage aus der Versammlung, wie der Bund der Landwirte sich zur Organisation der Eisenbahner stelle, unterstrich der Vorsitzende des Provinzialverbandes die Ausführungen des Redners.

Polnische Truppenanstellungen. Zuverlässige Nachrichten weisen von bedeutenden Truppenverschiebungen der Polen von der polnisch-litauischen Front an die polnische Westgrenze zu, und zwar in einem Umfang, daß von einer unmittelbaren Bedrohung Oberschlesiens gesprochen werden muß. Wie verlautet, hat auch die deutsche Regierung kürzlich Gelegenheit genommen, die fremden Mächte auf die durch die militärischen Maßnahmen der Polen geschaffene Gefahr durch ihre Vertreter aufmerksam machen zu lassen. Nach zuverlässigen Nachrichten, die der deutschen Regierung zu Gebote stehen, dauern die Truppenverschiebungen schon eine Reihe von Wochen an, und zwar sowohl an die ober-schlesische Grenze, als auch ins abgetretene Gebiet, nach Polen. Bis zum Schluss des vorigen Jahres hat die dadurch erreichte Truppenstärke eine Kopzahl von gegen 100 000 Mann erreicht, was gegenüber der bis zum Beginn Oktober nachweisbaren Zahl etwa eine Verdoppelung der polnischen Militärkräfte in diesen Gebieten bedeutet. In den letzten Wochen sind noch weitere 70 000 Mann hinzugekommen, so daß bereits von einer stattlichen Armee gesprochen werden kann.

Die Sozialisierung des Rohlenbergbaues. Sonnabend vormittags fand in Düsseldorf eine von mehreren Hundert Vertretern aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet besuchte Versammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die sich mit der Frage der Sozialisierung des Rohlenbergbaues beschäftigte. Berichterstatter war Reichstagsabgeordneter Ambulach, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates für Bergbau. Er sprach sich gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues, wie sie mit dem Worte Sozialisierung gemeint sei, aus. Die ganze Wirtschaft müsse vielmehr in möglichst vollkommener Weise der Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden. Solche Zeitpunkte würden

Ausgabe von Kartoffeln für Winderbenmittelte.

Die Bezugsscheine für die zu ermäßigtem Preise bestellten Kartoffeln sind nunmehr im Rathaus — Zimmer Nr. 3 — abzuholen.

Zunächst werden die Bezugsscheine nur an diejenigen ausgegeben, die die Kartoffeln im Ganzen (eintnerweise) wünschen. Die Bezugsscheine für den wochenweisen Bezug werden später ausgegeben. Wir empfehlen jedoch dringend, die Kartoffeln im Ganzen abzunehmen. Die Kartoffeln sind im Feldweiser der Firma Germ. Grubbe gegen sofortige Bezahlung und zwar im Laufe dieser Woche abzuholen. Die Ausgabe der Bezugsscheine kann nur nach und nach geschehen und zwar sollen diese am

- Mittwoch, den 12. Januar 1921 an diejenigen, die im Brotkartenbezirk „Hotel Stern“,
- am Donnerstag, den 13. Januar 1921 an diejenigen, die im Brotkartenbezirk „Vollgewand“ und
- am Freitag, den 14. Januar 1921 an diejenigen, die im Brotkartenbezirk „Deutsches Haus“

wohnen. — an jedem Tage von 8—12 Uhr vormittags — ausgegeben werden.

Wegen der weiteren Ausgabe folgt neue Bekanntmachung.

Der Rat der Stadt Riesa, am 11. Januar 1921.

als im gegenwärtigen Zeitpunkt erreichbar aufgestellt. Die im Boden vorhandenen Schätze an Kohlen werden in den Besitz der Volksgemeinschaft übergeführt. Die Ausbeutung wird dem bisherigen Besitzer weiter überlassen, von dem eine dem Werte der Lagerstätte angepaßte Abgabe erhoben wird. Die im Bergbau beschäftigten Personen sind an der Produktion zu interessieren und berechtigt. Hohe Gewinne im Bergbau müssen der Volksgemeinschaft dienbar gemacht werden. Befriedigende Stellung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angehörigen. Das Betriebsratsgesetz muß sinngemäß durchgeführt und eventuell verbessert werden. Dinge kommt noch eine Herabsetzung des Aktienrechts, insbesondere die Einführung von kleinen Aktien. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurden vorstehende Leitende Forderungen angenommen.

Der Sekretär des Generaldirektors Heinzen. Wie der United-Telegraph erfährt, ist der Sekretär des Generaldirektors Heinzen vom Norddeutschen Lloyd darauf zurückzuführen, daß ihm von der Regierung ein Angebot auf Eintritt in den diplomatischen Dienst gemacht wurde. Die Regierung wüßte gerne, daß deutsche Geschäftler und Kaufleute an Landen. Dem Unternehmen nach hat Heinzen in letzter Stunde die Regierung gebeten, von seiner Person absehen zu lassen, doch hofft die Regierung, Heinzen zu einer Neuerstellung eines Entschlusses bewegen zu können.

Ein offener Brief der Kommunisten. Die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei hat einen „offenen Brief“ an die übrigen sozialistischen Parteien Deutschlands, die S. P. D., die U. S. V. D., die K. M. F. D. und an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die Arbeiterparteien. In dem offenen Brief wird auf die fortschreitende Teuerung und auf den Fortschritt der Reaktion in Deutschland hingewiesen und vorgeschlagen, sämtliche sozialistischen Parteien sollten sich auf einer gemeinsamen Grundlage zu einer im einzelnen noch näher zu bestimmenden Aktion zusammenschließen. Es wird dann ein Aktionsprogramm aufgestellt, worin u. a. verlangt wird die Ausgabe verlässlicher Lebensmittel an alle Lohn- und niedrigen Gehaltsempfänger sowie Rentempfänger, die völlige Entwaffnung sowie Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und die Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden. In dem offenen Brief wird dann erklärt, daß auch die Erfüllung der Forderungen des aufgestellten Aktionsprogramms die Not der Bevölkerung nicht beseitigen könne, und dann wird weiter angeführt, ohne darauf zu verzichten, in den Arbeitermassen den Gehirnen an den Kampf für die Diktatur des Proletariats zu verbieten, sei die S. P. D. bereit, gemeinsam mit allen anderen Parteien, die sich auf das Proletariat stützen, die Aktion für die geforderten Forderungen durchzuführen. Die Zentrale der S. P. D. verlangt bis zum 18. Januar 1921 eine Antwort von den übrigen Parteien. — Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei beschäftigt sich vorgerichtet mit diesem offenen Briefe der Kommunisten und erklärte, die S. P. D. wüßte nicht dringender als die Wiederherstellung der Arbeiterdiktatur der Proletarier, die von den Kommunisten in verächtlicher Weise verhöhnt worden sei. Die sozialdemokratische Partei wüßte ihre Anhänger auf nachdrückliche, den Forderungen, die nur zur Vergrößerung der sozialistischen Bewegung führen, Folge zu leisten. Die Zentrale der Kommunisten habe mit der weiteren Aufforderung an ihre Organisation, sich direkt an alle Proletarier zu wenden, ihr eigenes plumpes Spiel entlarvt und ihre offene Anfrage selbst erledigt. Dadurch habe sie ihre Absicht zu neuem Vorbruch deutlich verraten.

Die Zentrale für sozialistische Einigung vor der Auflösung. Die seit einiger Zeit von verschiedenen Seiten bestehenden Versuche, eine Einigung unter den sozialistischen Parteien zu einer gemeinsamen Front gegen rechts herbeizuführen, dürften nunmehr aufgegeben werden. In mehrheitlich sozialistischen Kreisen wird davon gesprochen, daß die Auflösung der Zentrale für sozialistische Einigung bevorstehe. Führende Kreise in der Reichs-Sozialdemokratie sind der Meinung, daß alle Versuche zur Einigung gegenwärtig aufgegeben werden müßten.

Die Bekämpfung der einkommensteuerfreien Einkommensteuern. Für das Steuerjahr 1921 ist die Bekämpfung der von der Einkommensteuer nicht erfaßten Einkommensteuern gemäß § 20, 21 des Bundessteuergesetzes vom 20. März 1920 (RGBl. S. 402) zulässig, wenn die Beschlüsse der Gemeinden und Finanzämter spätestens bis zum 31. Januar 1921 mitgeteilt werden.

Aburteilung dreier Soldaten wegen Kriegsvergehen. Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts, der mit der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrecher befaßt ist, beschäftigte sich gestern mit den ersten drei Fällen dieser Art, und zwar handelt es sich nicht um auf der Frontverweigerung